

19. Wahlperiode

Die Vorsitzende  
des Ausschusses für Stadtentwicklung,  
Bauen und Wohnen

mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen LINKE bei Enthaltung GRÜNE
---

<b>An Plen</b>
----------------

## Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Stadtentwicklung,  
Bauen und Wohnen  
vom 5. Januar 2026

zur

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/2798  
**Siebttes Gesetz zur Änderung der Bauordnung für  
Berlin**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2798 – wird mit folgenden Änderungen  
angenommen:

Artikel 1 Nummer 2 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 73 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Frist nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 kann auf Antrag dreimal, jeweils bis zu einem Jahr verlängert werden. Sie kann auch rückwirkend verlängert werden, wenn der Antrag vor Fristablauf bei der Bauaufsichtsbehörde eingegangen ist. Die Frist nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 gilt nicht, wenn

1. die Besonderheit des Bauvorhabens eine längere Frist für die Fertigstellung erfordert, oder

2. bei bereits vor dem 30. September 2024 in der Ausführung befindlichen Bauvorhaben die Frist durch die Bauaufsichtsbehörde bis zum 31. Dezember 2027 um maximal zwei Jahre verlängert wird, weil sich die Fertigstellung des Bauvorhabens

aus Gründen, die außerhalb des Einflussbereichs der Bauherrin oder des Bauherrn liegen, verzögert.

Die Voraussetzungen nach Satz 3 hat die Bauherrin oder der Bauherr im Falle des Satz 3 Nummer 1 bei Einreichung des Bauantrags durch Vorlage eines Bauablaufplans oder anderer geeigneter Unterlagen darzustellen und im Falle des Satz 3 Nummer 2 durch geeignete Unterlagen nachzuweisen. Die Befristung nach Satz 3 Nummer 2 bezieht sich nicht auf die Geltungsdauer der Genehmigung, sondern auf den Zeitraum, bis zu dessen Ende im bauaufsichtlichen Verfahren von der Vorschrift Gebrauch gemacht werden kann.‘ “

Berlin, den 5. Januar 2026

Die Vorsitzende  
des Ausschusses für Stadtentwicklung,  
Bauen und Wohnen

Hendrikje Klein